

# AußenwirtschaftsNews - USA

04/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung AußenwirtschaftsNews informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die AußenwirtschaftsNews gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, China sowie Mittel- und Osteuropa.

## 1 Konjunktur

- Die US-Notenbank Federal Reserve beließ die Leitzinsen unverändert, wies jedoch auf zunehmende wirtschaftliche Unsicherheiten hin. Sie senkte ihre BIP-Wachstumsprognose für 2025 von 2,1 auf 1,7 Prozent und erwartet eine höhere Inflation sowie eine steigende Arbeitslosigkeit. Die Märkte gehen jedoch davon aus, dass eine Zinssenkung im Juni wahrscheinlicher wird, um eine Konjunkturabschwächung abzuwenden. Zölle können für die Zentralbank besonders schwer zu bekämpfen sein, da sie einen wirtschaftlichen Angebotschock darstellen können, der die Inflation erhöht und die Beschäftigung beeinträchtigt.
- Mehrere Banken und Ökonomen reagierten auf die sich eintrübenden Aussichten: Goldman Sachs senkte seine BIP-Prognose für 2025 ebenfalls auf 1,7 Prozent und hob gleichzeitig die Inflationserwartung an. Auch Morgan Stanley, JPMorgan und Bloomberg Economics passten ihre Prognosen deutlich nach unten an.
- Die US-Wirtschaft hat im vergangenen Monat 228.000 neue Stellen geschaffen, während die Arbeitslosenquote auf 4,2 Prozent gestiegen ist. Das deutet auf einen insgesamt noch soliden, aber sich wandelnden Arbeitsmarkt hin.
- Das Arbeitsministerium teilte mit, dass die Zahl der Stellenzuwächse im Januar und Februar insgesamt um 48.000 nach unten korrigiert worden sei.
- Die vollen Auswirkungen der Entlassungen von Regierungsbeamten sind im Bericht noch nicht ersichtlich. Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesregierung sank im vergangenen Monat um 4.000, nachdem bereits im Februar 11.000 Stellen abgebaut worden waren.
- Im Februar 2025 stiegen die Einzelhandelsumsätze in den USA um 0,2 Prozent und damit weniger als von Analysten erwartet. Trotz dieser moderaten Entwicklung zeigen die zugrunde liegenden Daten ein weiterhin solides Konsumverhalten, auch angesichts konjunktureller Unsicherheiten und steigender Inflation. Ohne den volatilen Automobilsektor lag das Umsatzplus bei 0,3 Prozent und entsprach damit den Erwartungen. Im Vergleich zum Vormonat, in dem die Umsätze um 1,2 Prozent gesunken waren, zeigt sich eine leichte Erholung.

- Im März 2025 verzeichnete die US-Dienstleistungsbranche das langsamste Wachstum der letzten neun Monate. Der Rückgang des Auftragseingangs sowie ein Beschäftigungsniveau auf dem niedrigsten Stand seit 2023 deuten auf eine konjunkturelle Abkühlung hin.
- In einem Bericht vom 06. April 2025 analysiert Goldman Sachs die Auswirkungen von Unsicherheit auf Investitionen, Jobwachstum und Konsumausgaben. Die Unsicherheitsindizes sind aktuell deutlich höher als während der ersten Amtszeit von US-Präsident Trump. Insbesondere der am 02. April 2025 verkündete Zollplan mit Zusatzzöllen auf Einfuhren aus einer Vielzahl von Ländern, mögliche Gegenreaktionen und Anpassungen der Zollpolitik durch die US-Administration führen bei Unternehmen zu verstärkter Unsicherheit. Das Investitionswachstum wird um etwa 5 Prozentpunkte gebremst. Die wechselhafte Zollpolitik wirkt sich auch auf das Jobwachstum aus. Etwa 20.000 weniger Stellen pro Monat sollen deshalb geschaffen werden. Die Konsumausgaben werden ebenfalls sinken, da sich sowohl das Angebot an als auch die Nachfrage nach Arbeitskräften reduzieren.

## 2 Handelspolitik

- Präsident Trump kündigte am 02. April 2025 einen umfassenden neuen [Zollplan](#) an, der eine deutliche Wende in der US-Handelspolitik darstellt. Der Plan kombiniert drei Konzepte: einen pauschalen Basiszoll, länderspezifische Zölle sowie güterspezifische Zölle und Ausnahmen. Am 09. April 2025 hat der US-Präsident die Einführung der länderspezifischen Zölle mit sofortiger Wirkung um 90 Tage verschoben. Während des Zeitraums gilt der zusätzliche Basiszoll in Höhe von 10 Prozent. China ist explizit von der 90-tägigen Pause ausgenommen. Auf der [vbw Webseite](#) informieren wir Sie über die Details der neuen Zollpolitik.
- Das Weiße Haus erwägt laut Bloomberg die beschleunigte Einführung von Zöllen auf Kupfer, ein zentraler Rohstoff in der Elektro- und Bauindustrie. Diese Ankündigungen erhöhen die Unsicherheiten für Unternehmen, insbesondere vor dem Hintergrund unklarer Steuerpolitik im Kongress und häufig wechselnder Aussagen der Trump-Regierung zu Handelsthemen.
- Am 09. April 2025 haben die EU-Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen auf die am 12. März 2025 in Kraft getretenen 25-prozentigen US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte beschlossen. Nach Ankündigung der 90-tägigen Pause für die länderspezifischen US-Zölle kündigte die EU-Kommission ebenfalls eine Pausierung um 90 Tage an, um die Verhandlungen mit den USA fortzusetzen. Ursprünglich sollten ab 15. April 2025 die Ausgleichsmaßnahmen von 2018 und 2020 wieder in Kraft treten:
  - Zusätzliche Wertzölle in Höhe von 10 Prozent, 25 Prozent, 35 Prozent beziehungsweise 50 Prozent auf die Einfuhren der in Anhang I und Anhang II der [Durchführungsverordnung \(EU\) 2018/886](#) aufgeführten Waren

- Zusätzliche Wertzölle in Höhe von 20 Prozent, 7 Prozent beziehungsweise 4,4 Prozent auf die Einfuhren der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a und b der [Durchführungsverordnung \(EU\) 2020/502](#) aufgeführten Waren.

Zusätzlich hat die EU weitere noch unveröffentlichte Gegenmaßnahmen erarbeitet.

- Am 25. März 2025 setzte das Bureau of Industry and Security (BIS) des US-Handelsministeriums 80 Unternehmen und Organisationen aus Ländern wie China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Südafrika, dem Iran und Taiwan auf die [US Entity List](#). Ziel der Maßnahmen ist es, sicherheitspolitisch sensible Technologietransfers zu unterbinden. Insbesondere soll China der Zugang zu Hochleistungsrechnern, Quantentechnologie und kritischer Ausrüstung für Hyperschallwaffen erschwert werden. Die Exportkontrollmaßnahmen richten sich insgesamt gegen die militärische Nutzung strategisch relevanter Technologien, insbesondere in den Bereichen Nuklearwaffen und Raketenprogramme.
- US-Vertreter prüfen Berichten zufolge eine Zusammenarbeit mit dem russischen Energiekonzern Gazprom bei globalen Projekten. Eine solche Kooperation würde eine Annäherung an den Kreml bedeuten und könnte langfristig auch Auswirkungen auf die Energieversorgung Europas haben. Präsident Putin bestätigt entsprechende Überlegungen und sprach von einer möglichen Wiederaufnahme europäischer Lieferungen.

### 3 Allgemeine Politik

- Das Sozialversicherungssystem steht unter Druck. Martin O'Malley, ehemaliger Leiter der Social Security Administration, warnte vor einem möglichen Zusammenbruch des US-Sozialversicherungssystems innerhalb von 30 bis 90 Tagen. Ursache seien Kürzungen des Department of Government Efficiency (DOGE) unter der Leitung von Elon Musk.
- BlackRock und andere Investoren haben sich darauf geeinigt, 43 Häfen in der Nähe des Panamakanals zu kaufen und sie damit de facto unter US-Kontrolle zu stellen.
- Die US-Regierung friert Forschungsgelder ein, streicht Projekte und entlässt Tausende Wissenschaftler. Experten warnen vor langfristigen Schäden für den Forschungsstandort USA, da Talente vermehrt ins Ausland abwandern könnten. Das eröffnet Europa Chancen, hochqualifizierte Fachkräfte abzuwerben.



## **Ansprechpartner**

### **Eva Apfel**

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

[eva.apfel@vbw-bayern.de](mailto:eva.apfel@vbw-bayern.de)

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

### **Christoph Kolle**

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410

[christoph.kolle@vbw.com](mailto:christoph.kolle@vbw.com)

[www.vbw.com](http://www.vbw.com)

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.